



Stadt Wuppertal
Der Oberbürgermeister

Geschäftsbereichsleiter
Zentrale Dienstleistungen
Stadtdirektor und Stadtkämmerer
Dr. Johannes Slawig

Rathaus, Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal

Telefon (0202) 5 63-53 56
Fax (0202) 5 63-80 12

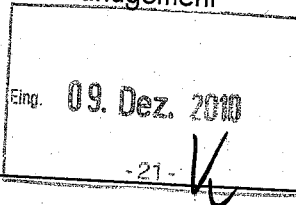
E-Mail stadtdirektor.dr.slawig@stadt.wuppertal.de
A-192

Datum 29.11.10

21 → Einwände für die Umlage



Landschaftsverband Rheinland
Dezernat Finanzen und Immobilienmanagement
Erste Landesrätin
Frau Renate Hötte
50663 Köln



Landschaftsumlage 2011

Sehr geehrte Frau Hötte,

am 10.11.10 haben Sie im Rahmen der nach § 23 Abs. 2 Landschaftsverbandsordnung erforderlichen Beteiligung der Mitgliedskörperschaften die Eckpunkte des Haushaltsplanentwurfs 2011 vorgestellt.

Dabei haben Sie als Vorschlag der Verwaltung mitgeteilt, den Umlagesatz für die Landschaftsumlage von derzeit 16 % auf 17 % für das Jahr 2011 anzuheben. In der mittelfristigen Finanzplanung sind für die Jahre 2012 und 2013 gar Umlagesätze von 17,2 bzw. 17,1 % vorgesehen.

Als Begründung für den steigenden Umlagesatz stellen Sie den stetigen Anstieg der Sozialleistungen sowie die Senkung der Umlagegrundlagen aufgrund der Auswirkungen der Wirtschaftskrise dar.

Auch die Stadt Wuppertal sieht sich – wie viele andere strukturschwache Kommunen auch – stetig steigenden Kosten für soziale Leistungen gegenüber. Anders als bei einem umlagefinanzierten Haushalt können diese vor dem Hintergrund weg brechender kommunaler Steuereinnahmen nur über eine Erhöhung der Liquiditätskredite aufgefangen werden.

Mittlerweile steht im nächsten Jahr die Überschuldung bevor. Das zwischenzeitlich erstellte und zum größten Teil schon beschlossene, umfangreiche Haushaltssicherungskonzept sieht u. a. Steuererhöhungen vor sowie umfangreiche Personalkosteneinsparungen; Schulen, Sportstätten sowie kulturelle Einrichtungen müssen aufgrund nicht zu finanzierender Sanierungs- bzw. Betriebskosten geschlossen werden. Trotzdem ist eine Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes oder gar des Haushaltsplans bei Weitem nicht zu erreichen. Darüber hinaus muss jede einzelne Investitionsmaßnahme im Vorfeld durch die Kommunalaufsicht genehmigt werden.

Erst ganz langsam ist Hoffnung auf Besserung festzustellen. Durch die Zusagen der neuen Landesregierung zur Unterstützung der überschuldeten bzw. von Überschuldung bedrohten Kommunen, den Nachtrag zum GFG 2010 sowie die prognostizierten Verbesserungen der Steuerschätzung erscheint ein Abbau der Verschuldung möglich.

Doch jede zusätzliche Ausgabe – die Erhöhung des Umlagesatzes bedeutet allein für das Jahr 2011 eine Erhöhung um rd. 5 Mio. € – macht unsere Anstrengungen wieder ein Stück zunichte.

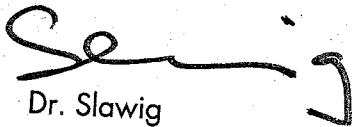
Vor der geschilderten aktuellen Finanzlage der Stadt Wuppertal ist es für mich als Kämmerer unbegreiflich, wie der LVR seine Aktivitäten zur Übernahme des Max Ernst- und des Ruhr-Museums, der Beteiligung an der „vogelsang ip gGmbH“ und der Gründung eines Netzwerks mit der Stadt Stolberg ausdehnen konnte.

Auch habe ich keinerlei Verständnis dafür, dass sich der LVR in Brüssel ein eigenes Büro schafft und einrichtet und die Kosten letztendlich auf die Kommunen umlegt.

Statt den Kommunen noch mehr Belastungen aufzubürden, wäre es notwendig durch Schließungen von Einrichtungen und den Rückzug von finanziellen Verpflichtungen sowie durch Absenkung von Standards und Veräußerungen von Beteiligungen und Wertpapieren die kommunale Familie zu entlasten bzw. in ihren Bemühungen zur Konsolidierung ihrer Haushalte zu unterstützen.

Ich appelliere daher an Sie, auf die dramatische finanzielle Situation der Kommunen Rücksicht zu nehmen und auf eine Umlageerhöhung zu verzichten.

Mit freundlichem Gruß
i.V.



Dr. Slawig
Stadtdirektor